



Frank Bösch

Deals mit Diktaturen.
Eine andere Geschichte der Bundesrepublik

C.H. Beck | München 2024
622 Seiten, Hardcover | 32,00 €
ISBN 978-3-406-81339-9

rezensiert von

Philipp Gassert, Universität Mannheim

Wo historische Darstellungen der internationalen Beziehungen der BRD sonst überwiegend auf das transatlantische Bündnis, die europäische Integration und das Verhältnis zu den ›großen‹ Super- und Weltmächten schauen, analysiert der Potsdamer Historiker Frank Bösch in seiner fulminanten Studie den Umgang des demokratischen (West-)Deutschlands mit Diktaturen jeglicher Couleur. Insofern wirft Bösch informiert, quellennah, mit souveränem Zugriff auf das Material, aber auch dem nötigen Mut zur Lücke bei potentiell ausuferndem Stoff, einen in der Tat anderen, in Teilaspekten neuen Blick auf die bundesrepublikanische Außenpolitik. Der verkaufsfördernde Untertitel einer »anderen Geschichte« indes suggeriert mehr als das Buch leisten kann und will. Es geht ausgehend von jüngsten Streitfällen wie dem um die Fußballweltmeisterschaft der Männer in Katar oder den präzedenzlosen Sanktionen gegen Russland um die historische Einordnung solcher Konflikte. Dies ist ein anspruchsvolles Programm – nur wird man deshalb die Geschichte der BRD insgesamt nicht umschreiben oder ›anders‹ denken müssen.

Analysiert werden »Deals« mit einer breiten Palette von Autokratien, angefangen mit der an die »Waffenbrüderschaft« der 1930er-Jahre fast nahtlos anknüpfenden Kooperation mit Francos Spanien in den 1950er-Jahren, als Bonner Diplomaten mit und ohne NS-Vergangenheit unter Adenauer vielerorts Faschisten und Alleinherrscher hofierten, um die westdeutsche Isolation zu durchbrechen. Auch die frühen deutsch-iranischen Beziehungen gehören in diese Kategorie. Erwartbar warf das Verhältnis zur UdSSR und deren Verbündeten ostpolitische Aporien auf. Klug ist Böschs Einbeziehung der innerdeutschen Beziehungen, denn auch diese entsprachen dem generellen Muster: Trotz der Delegitimierung des zweiten deutschen Staats durch die Hallstein-Doktrin wurde beim Handel mit der DDR pragmatisch verfahren. Die DDR wurde zwar nicht offiziell anerkannt; die Empörung nach dem 17. Juni oder beim Mauerbau war riesig; doch harte Gegenmaßnahmen unterblieben. Im Gegenteil, da deutsche-deutsche Geschäfte zum »Binnenhandel« deklariert wurden, unterlief man elegant westliche Sanktionsregime. Ein

solcher Pragmatismus wäre heutzutage schwer zu verstecken, da »Moral« seit den späten 1960er-Jahren zum erstrangigen außenpolitischen Faktor wurde, wie Bösch zeigt.

Die im Umgang mit Spanien, Portugal, Iran und dem Ostblock etablierten Muster verfestigten sich dann im Verhältnis zu verbündeten und verfeindeten postkolonialen Diktaturen in Afrika und Asien. Die (zivil-)gesellschaftliche Dimension internationaler Beziehungen verstärkte sich allerdings seit den 1960er-Jahren. Exemplarisch fokussiert Bösch auf in Westdeutschland starke Erregung erzeugende Fälle wie Griechenland während der Obristen-Herrschaft, Südkorea (das mehrfach Regimekritiker klandestin aus Deutschland entführte), Chile sowie »Gaddafis Libyen« (S. 341). Die lange für kommunistische Staaten reservierte Kritik an Menschenrechtsverletzungen wurde nun verstärkt auch auf antikommunistische Verbündete wie Kongo, Iran, Griechenland und die Türkei bezogen. Bei Griechenland und Iran spielten (linke) migrierte Intellektuelle und Dissidenten eine zentrale Rolle. Doch auch »Gastarbeiter« hatten ihren Anteil. Die Stärke des Protests etwa gegen das Athener Militärregime erklärt sich nicht zuletzt aus dem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von Arbeitnehmenden griechischer Herkunft. Einen signifikant-kritischen Beitrag leisteten fremdsprachige Programme u.a. der Deutschen Welle, was wiederholt zu Interventionen ausländischer Regierungen bei deutschen Stellen führte.

Bösch analysiert mit Blick für aussagekräftige Anekdoten das multipolare Verhältnis von Diplomatie, Wirtschaftsinteressen, Außenhandel und Entwicklungspolitik, Aktivismus und Protest sowie medialer Öffentlichkeit und damit einer ganzen Fülle von Akteuren. Naturgemäß bilden hauptsächlich staatliche Quellen wie die Aktenedition zur Auswärtigen Politik die Quellenbasis. Die Interaktion mit den Diktaturen wurde von dem sich entwickelnden Wertehorizont der BRD geprägt, zwischen NS-Vergangenheit, deutscher Teilung, Kaltem Krieg sowie dem Streben nach Wohlstand durch Export und preiswerte Energie. Zielkonflikte waren vorprogrammiert. Im Streit um Werte wirkten die Beziehungen zu Autokratien auf das bundesdeutsche Selbstverständnis zurück. Ihrerseits mussten sich aber auch die Diktaturen auf demokratische Standards einlassen und versuchten immer wieder, die deutsche Öffentlichkeit zu beeinflussen. Wertegeleitete Außenpolitik, wie sie zuletzt die Außenministerin Baerbock vertrat, hat alte Vorläufer und ist keine Einbahnstraße.

Der Aufbau der Studie ist grob chronologisch, wobei innerhalb ihres Zeitraums je nach politischer Gesamtlage unterschiedliche geographische Schwerpunkte gesetzt werden. So taucht Iran vor allem in der Frühzeit auf, Lateinamerika, Asien und Afrika werden im Kontext der Dekolonisierung schwerpunktmäßig in den 1970er- und 1980er-Jahren verhandelt. Die Volksrepublik China wird in den späten 1960er-Jahren als Teil des Mao-Kults der Neuen Linken kurz erwähnt, aber dominiert erst das Kapitel zur jüngsten Phase. Akteure waren neben Diplomaten zunehmend Parteien, deren Stiftungen und NGOs, wobei Bösch der deutschen Sektion von Amnesty International eine eigene Fallstudie widmet. Auch aktivistische Bundestagsabgeordnete spielten eine wachsende Rolle, als Pionierin Petra Kelly, die Tibet auf die Tagesordnung hob. Bundestagsdelegationen traten anstelle von Staatsbesuchen, wenn diese diplomatisch inopportun wurden (so nach dem Tiananmen-Massaker 1989). Bösch argumentiert, dass der Ansatz von Amnesty, für verfolgte Individuen einzutreten, auf höchste Regierungsvertreter abfärbte. Kohl oder Merkel führten auf Staatsbesuch gern Listen verfolgter Dissidenten mit, was autokratische Partner als Teil demokratischer Inszenierung zu akzeptieren lernten, um über Kredite und Handelsabkommen zu reden. Bösch nennt es Politik »des kleinsten gemeinsamen Nenners«. Die Autokratien verstanden auch, dass die Bundesregierung in die mediale Berichterstattung kaum eingreifen konnte, wobei aktive Pressesteuerung aus dem Kanzleramt in der Frühzeit durchaus gängig war.

Lücken in einer Gesamtdarstellung anzusprechen, ist wohlfeil. Bösch musste zwangsläufig auswählen. Dennoch hätten prominente Auslassungen einleitend begründet werden können. Angesichts der hohen Bedeutung der Diaspora-Politik sticht vor allem das Fehlen eines systematischen Abschnitts zur Türkei ins Auge. Der essenzielle NATO-Partner an der »Ostflanke« im Kalten Krieg war zugleich Herkunftsland der wichtigsten migrantischen

Community in Deutschland wie auch vieler Asylbewerber und -bewerberinnen. Kurden-Proteste sind Alltag in deutschen Städten, Armenien-Debatten provozieren diplomatische Krisen. Doch die Türkei taucht erst mit Erdogan im Kapitel zur »globalisierten Welt« (S. 463) seit 1990 auf. Dass Südafrika außen vor bleibt, lässt sich mit der guten Forschungslage begründen. Dennoch war der Anti-Apartheid-Kampf mit seinem Warenboykott Pionier eines freiwilligen, zivilgesellschaftlichen Sanktionsregimes. Es fehlen auch die beiden wichtigsten arabischen Staaten Saudi-Arabien und Ägypten. Als Dauerdestinationen kontroverser Waffenexporte unterhielten sie enge wirtschaftlich-politische Beziehungen zur BRD. Dass Palästina bzw. die PLO nicht auftauchen, passt zur relativen Vernachlässigung des Nahen Ostens.

Zu den in die Gegenwart weisenden, sehr erhellenden Aperçus des »Dealens« mit Diktaturen gehört die zugespitzte Beobachtung, dass bei der Bereitschaft Autokraten zu hofieren und zu tolerieren ein alter bundesrepublikanischer Nord-Süd-Konflikt nach 1990 einem Ost-West-Konflikt wich. In den 1970er- und 1980er-Jahren waren die unionsregierten, wirtschaftlich erstarkten, aber rohstoffarmen Südländer Bayern und Baden-Württemberg recht offen für »Business« mit Despoten. Autokraten machten unbehelligt Urlaub am Tegernsee und kauften in Stuttgart Luxuslimousinen. Nebenaußenpolitiker wie Franz Josef Strauß verteidigten Pinochet oder den südafrikanischen Apartheid-Staat. Eine föderale Arbeitsteilung pendelte sich ein: Wer nicht in Bonn empfangen werden konnte, reüssierte womöglich in München. Es war der unerwähnt bleibende Lothar Späth, der eine erste Handelsdelegation nach China anführte. Heute konzentrieren sich die pro-russischen Wählerinnen und Wähler in der ehemaligen DDR (aber auch unter den im Süden elektoral einflussreichen Russlanddeutschen, was Bösch unterschlägt).

Eine naive und oberflächliche Lesart des Bandes könnte eine ewige Kontinuität der immer gleichen »schmutzigen Deals« mit Diktaturen nahelegen und den Band als trübe Skandal-Geschichte perzipieren. Derartiger Simplizität widerspricht der Autor im Fazit. Zwar hebt er hervor, dass »nicht das Ausmaß von Mord und Folter an Oppositionellen das deutsche Engagement« für die Menschenrechte bestimmt habe, »sondern die politische, ökonomische und kulturelle Nähe des Folterstaats« zur BRD (S. 495f.). Sanktionen drohten vor allem solchen Diktaturen, die arm, ohnmächtig oder handelspolitisch irrelevant waren. Auch intensivierten sich seit den 1970er-Jahren die Beziehungen zu vielen Diktaturen. Aber gleichzeitig veränderte sich der Umgang mit diesen, so dass Brandt und Schmidt zwar Mobutu in Bonn empfangen, selbst jedoch von Besuchen im Kongo oder Iran absahen oder CDU-Politiker vorschickten. Bösch unterstreicht die Akzente, die die Grünen seit den 1980er-Jahren setzten, so dass ein zweigleisiges Vorgehen entstand: Menschenrechte einfordern und gleichzeitig Handelsbeziehungen intensivieren. Rot-Grün trieb diese Arbeitsteilung auf die Spitze – Kanzler Schröder als Delegationsleiter der Bosse, Außenminister Fischer als Mahner für Menschenrechte. Merkel knüpfte bruchlos an, verfuhr ähnlich janusköpfig. Deutlich wird aber auch, wie präzedenzlos die Sanktionen gegen Russland seit 2022 sind, als sich die BRD in Windeseile von russischen Gasimporten verabschiedete. Zuvor hatte Deutschland eher zurückhaltend sanktioniert und sich gegen entsprechende Erwartungen auch des »großen Bruders« USA oft gewehrt. Der Autor sieht aber gerade in der wirtschaftliche Stärke Deutschlands ein Potential für die Einforderung von Menschenrechten. »Prognosen lassen sich aus der Geschichte nicht ableiten«, resümiert Bösch (S. 501) in seiner differenzierten und gut lesbaren Studie, die zu weiteren Forschungen anregt, denn sie lässt Lücken, zeigt solche in der Historiografie auf, aber hat das Feld als solches nun meisterlich kartiert.

Zitierempfehlung

Philipp Gassert, Rezension zu: Frank Bösch, Deals mit Diktaturen. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, C.H. Beck, München 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82054.pdf>> [26.2.2025].